

Chronologie

Sarah Seeger

2005

Juli

01. Juli

Ratspräsidentschaft: Tony Blair übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft von Jean Claude Juncker, dem luxemburgischen Ministerpräsidenten. Als Prioritäten der britischen Ratspräsidentschaft gelten die Bereiche wirtschaftliche Reform, Sicherheitspolitik, Terrorbekämpfung und Europas Rolle in der Welt. Zusätzlich steht nach den gescheiterten Verhandlungen zur Finanziellen Vorausschau 2007-2013 im Juni 2005 die Suche nach einem neuen Kompromiss auf der Agenda.

Entwicklungspolitik: Die Kommission veröffentlicht einen Bericht über die Ergebnisse einer öffentlichen Anhörung zur Zukunft der EU-Entwicklungspolitik.

04. Juli

Verkehr: Die Kommission verabschiedet eine Mitteilung, in der sie ihre Strategie zur Einführung des Europäischen Zugsicherungs-, Zugsteuerungs- und Signalgebungssystems auf den Hauptstrecken des transeuropäischen Eisenbahnnetzes vorstellt.

Entwicklungspolitik: Kommissionspräsident José Manuel Barroso schlägt beim Gipfeltreffen der Afrikanischen Union einen neuen euro-afrikanischen Pakt vor. Er kündigt eine langfristige Strategie der EU für Afrika an.

05. Juli

Landwirtschaft und Fischerei: Die Kommission verabschiedet einen Vorschlag für strategische Leitlinien der EU für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013. Das Programm konzentriert sich auf folgende Bereiche: Wettbewerbsfähigkeit der Agrar- und Forstwirtschaft, Umweltschutz, Landschaftspflege, Lebensqualität und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft.

06. Juli

Beschäftigung und Soziales: Die Kommission legt neue strategische Leitlinien für Kohäsion, Wachstum und Beschäftigung vor. Die drei Prioritäten sind Stärkung der Anziehungskraft Europas und seiner Regionen für Investoren und Arbeitskräfte, Wissen und Innovation für Wachstum und mehr und bessere Arbeitsplätze.

Verfassung: In Malta wird die europäische Verfassung einstimmig vom Parlament ratifiziert. Damit hat der zwölfte EU-Mitgliedstaat die Verfassung ratifiziert.

07. Juli

Außenwirtschaftspolitik: Der Rat ermächtigt die Kommission, im Namen der EU an Verhandlungen über ein UN-Übereinkommen teilzunehmen, mit dem der elektronische Abschluss internationaler Verträge zwischen Unternehmen vereinfacht werden soll.

Binnenmarkt: Der Europäische Gerichtshof trifft eine Entscheidung, wonach für Dienstleistungen, die im Rahmen des Einzelhandels erbracht werden, eine Dienstleistungsmarke eingetragen werden kann.

08. Juli

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Die Kommission nimmt einen Vorschlag zur Verbesserung und Beschleunigung der Übermittlung von Schriftstücken in Zivil- und Handelssachen zwischen den Mitgliedstaaten an.

Binnenmarkt/Verteidigungsindustrie: Die Kommission schlägt Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in diesem Industriezweig vor. Folgende vier Punkte sollten unionsweit umgesetzt werden: Kartierung der technologischen und industriellen Grundlagen der Verteidigung, Normung von Verteidigungsgütern, innergemeinschaftliche Transfers von Verteidigungsgütern und harmonisierte Beschaffungsregeln.

10. Juli

Verfassung: Luxemburg ratifiziert als 13. EU-Mitgliedstaat die europäische Verfassung. In einem Referendum stimmen 56,5 Prozent der Luxemburger für das Dokument.

11. Juli

Binnenmarkt: Die Kommission kündigt Maßnahmen gegen zu hohe Roaminggebühren beim Benutzen von Mobiltelefonen im Ausland an.

11.-12. Juli

Wettbewerbsfähigkeit: Der Rat Wettbewerbsfähigkeit trifft sich zu einer informellen Tagung.

12. Juli

Wirtschaft und Finanzen: Der Rat Wirtschaft und Finanzen nimmt Integrierte Leitlinien für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik für den Zeitraum 2005-2008 und einen Beschluss zum Schutz des Euro gegen Fälschung an.

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Die Kommission nimmt einen Richtlinienvorschlag und einen Vorschlag für einen Rahmenbeschluss an, mit denen durch eine europaweite Zusammenarbeit Verletzungen geistigen Eigentums und Produktpiraterie geahndet werden sollen.

Erweiterung: Die Kommission legt dem Rat ein Mandat für Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Serbien und Montenegro zur Annahme vor.

Vertragsverletzung: Der Europäische Gerichtshof verurteilt Frankreich wegen Verstoßes gegen gemeinschaftsrechtlichen Verpflichtungen zu einem Zwangsgeld und einem Pauschalbetrag. Damit wird erstmals ein Mitgliedstaat wegen eines schwerwiegenden und beständigen Verstoßes gegen das Gemeinschaftsrecht zur Zahlung sowohl eines Zwangsgelds als auch eines Pauschalbetrags verurteilt.

12.-13. Juli

Bildung und Erziehung: Der Rat Bildung und Erziehung kommt zu einer informellen Tagung zusammen. Im Mittelpunkt des Treffens steht die Rolle von Wissen bei der Umsetzung der Lissabon-Agenda.

13. Juli

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Der Rat Justiz und Inneres kommt anlässlich der Bombenanschläge in London zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Er nimmt eine Erklärung an, in der er die Verfolgung von Terroristen über Grenzen hinweg und eine verbesserte Katastrophenbewältigung ankündigt.

Entwicklungspolitik: In einer Mitteilung schlägt die Kommission einen neuen gemeinsamen Rahmen für die Entwicklungszusammenarbeit aller Akteure der EU vor. Im Mittelpunkt stehen die Armutsbekämpfung und die Stärkung der Zivilgesellschaft in den Entwicklungsländern, wobei für jedes Land spezifische Programme geschaffen werden sollen.

14.-18. Juli

EU-China: Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, besucht erstmalig offiziell die Volksrepublik China.

15. Juli

Haushalt: Der Rat der Finanzminister kommt zu einer ersten Lesung des Haushalts für das Jahr 2006 auf der Grundlage des Haushaltsvorschlags der Kommission zusammen.

18. Juli

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen kommt zu einer Tagung zusammen. Zentrale Diskussionspunkte sind die Londoner Terroranschläge und mögliche Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen, die Rolle der EU bei der Mission der Afrikanischen Union im Sudan, der Abschluss eines neuen Assoziationsabkommens mit Algerien sowie die Errichtung eines Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskollegs.

Landwirtschaft und Fischerei: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei trifft sich zu einer Tagung. Zentrale Themen sind die Reform des Zuckersektors der EU und Maßnahmen gegen die Vogelgrippe.

Erweiterung: Der Stabilisierungs- und Assoziierungsrat EU-Mazedonien trifft sich zu Beratungen. Die EU fordert weitere Anstrengungen und Reformen auf dem Weg zu einem möglichen EU-Beitritt Mazedoniens.

Forschung: Die Europäische Kommission legt dem Rat und dem Europäischen Parlament einen Bericht über die Entwicklung und die Auswirkungen des Patentrechts im Bereich der Biotechnologie und der Gentechnik vor. Zentrale Punkte sind die Patentierung von Gensequenzen und die Patentierbarkeit von Erfindungen mit Stammzellen.

19. Juli

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Die Europäische Kommission nimmt einen Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der EU und zur Änderung des Übereinkommens zur Durchführung des Schengensystems an.

Binnenmarkt: Die Europäische Kommission veröffentlicht ein Grünbuch „Hypothekarkredite in der EU“ und leitet damit öffentliche Konsultationen ein.

Wachstum und Beschäftigung: Die Europäische Kommission stellt ihr „Lissabon-Programm der Gemeinschaft“ mit acht Schlüsselmaßnahmen zur Schaffung von mehr Wachstum und Beschäftigung vor.

20. Juli

Kommunen/Verkehr: Die Europäische Kommission verabschiedet einen Vorschlag für eine Verordnung zur Entwicklung des öffentlichen Personenverkehrs.

Kommunikationspolitik: Die Europäische Kommission legt einen „Aktionsplan zur Verbesserung der Kommunikationsarbeit der Kommission zu Europa“ vor. Kernpunkte sind die drei Schlagworte Zuhören – Kommunizieren – „go local“.

22. Juli

EU-UNO: Die EU legt ihre Prioritäten für die 60. Generalversammlung der Vereinten Nationen fest. Dazu gehören die Erreichung der Millennium-Ziele, die internationale Zusammenarbeit bei der Krisenbewältigung, das Thema Flüchtlinge und Vertriebene und die Verhandlungen über den nächsten Haushalt der Vereinten Nationen.

26. Juli

Terrorismusbekämpfung: Die Europäische Kommission legt im Rahmen des EU-Aktionsplans zur Bekämpfung des Terrorismus einen Vorschlag zur Verschärfung von Geldüberweisungskontrollen vor.

29. Juli

Terrorismusbekämpfung: Die Kommission veröffentlicht eine Liste der bereits bestehenden Mechanismen zur Terrorismusbekämpfung in der EU.

31. Juli

Binnenmarkt: Das Tabakwerbeverbot tritt in Kraft. Die entsprechende Richtlinie verbietet Tabakwerbung in den Printmedien, im Rundfunk und im Internet.

August

02. August

Terrorismusbekämpfung: Im Rahmen eines von der Europäischen Kommission initiierten Prozesses werden 13 neue Forschungsprojekte zum Thema Terrorismusbekämpfung und Sicherheit gestartet. Ausführendes Organ ist das European Security Research Advisory Board (ESRAB).

September

01. September

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik: Die Europäische Kommission legt im Rahmen des Haager Programms einen Richtlinienvorschlag vor, in dem sie unionsweit einheitliche Standards bei der Rückführung von illegal Eingereisten festlegt. Gleichzeitig veröffentlicht sie eine Mitteilung mit ersten Vorschlägen für eine gemeinsame EU-Integrationspolitik, die die vom Rat Justiz und Inneres im November 2004 vorgelegten Gemeinsamen Grundsätze zur Integrationspolitik präzisieren sollen. In einer dritten Mitteilung schlägt die Kommission eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung der Partnerschaft mit den Herkunftsländern von Migranten vor. Um die EU-weiten Migrationsströme zu erfassen, legt die Kommission eine Rahmenverordnung für Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz vor.

01.-02. September

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Auswärtige Angelegenheiten trifft sich zu einer informellen Tagung. Im Vordergrund stehen die Themen Iran, Irak, Migration, Naher Osten und Erweiterung.

02. September

EU-Mercosur: Die Europäische Kommission trifft sich mit den Mercosur-Ministern, um über ein Assoziationsabkommen zu verhandeln. Das Abkommen soll die drei Säulen politischer Dialog, Zusammenarbeit und Handel umfassen und die größte Freihandelszone der Welt begründen.

05. September

EU-China: In Peking findet das achte Gipfeltreffen EU-China statt. Zentrale Themen sind der politische und wirtschaftliche Dialog, die Sicherheitspolitik, das EU-Waffenembargo sowie Energie- und Klimafragen. In einem „Memorandum of Understanding“ wird ein regelmäßiger Dialog in den Bereichen Beschäftigung und Soziales vereinbart.

05.-06. September

Kommunikation: In London findet die i2010-Konferenz zum Thema Informations- und Kommunikationstechnologien statt. Teilnehmer sind Vertreter aller 25 EU-Mitgliedstaaten sowie Vertreter der EFTA-Staaten und der EU-Beitrittskandidaten.

06. September

Energie: Der für Energie zuständige EU-Kommissar Andris Piebalgs legt angesichts der gestiegenen Ölpreise einen Fünf-Punkte-Plan zum Thema Energie vor, in dem er unter anderem die Suche nach alternativen Energiequellen anmahnt.

07. September

Die Rolle der Union in der Welt: In Neu Delhi findet das siebte Gipfeltreffen EU-Indien statt. Es wird ein Aktionsplan angenommen, der die Themenfelder Politik, Handel und Investitionen, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur umfasst. Gleichzeitig wird die Beteiligung Indiens am europäischen Satellitennavigationsprogramm GALILEO vereinbart.

08.-09. September

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Der Rat Justiz und Inneres trifft sich zu einer informellen Tagung. Besprochen werden unter anderem die Themen organisiertes Verbrechen, Terrorismusbekämpfung, Drogenbekämpfung, Migration, Zivilrecht, Menschen schmuggel und Internetkriminalität.

09. September

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat nimmt eine Gemeinsame Aktion zur Einrichtung einer Beobachtermission im indonesischen Aceh ein. Die Aktion ist die erste Mission der EU in Asien und die erste Zusammenarbeit dieser Art mit ASEAN-Staaten.

Nachbarschaftspolitik: Die Europäische Kommission beginnt ein Informations- und Nachrichtenprojekt, mit dem der Zugang zu unabhängigen Informations- und Nachrichtenquellen in Belarus verbessert werden soll. Ziel ist die Stärkung der belarussischen Zivilgesellschaft.

09.-10. September

Wirtschaft und Finanzen: Der Rat Wirtschaft und Finanzen trifft sich zu einer informellen Tagung. Zusammen mit führenden Unternehmern, Regierungsvertretern und Kommissionsmitgliedern werden die Themen Globalisierung, Stabilitäts- und Wachstumspakt, Finanzierung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in der Westbank und dem Gazastreifen, Finanzierung der Entwicklungshilfe, Ölpreise und Terrorismusfinanzierung erörtert.

09.-12. September

Landwirtschaft und Umwelt: Erstmals treffen sich die Landwirtschafts- und Umweltminister gemeinsam auf einer informellen Ratstagung. Thema ist vor allem der Klimawandel.

12. September

Südosteuropapolitik: Die Europäische Kommission schlägt eine Verlängerung der Laufzeit der gegenwärtigen Handelspräferenzen für die Balkanstaaten (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Rumänien, Serbien und Montenegro und der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo) bis zum Jahr 2010 vor.

Außenwirtschaftspolitik: Die Europäische Kommission legt nach einem WTO-Schiedsspruch einen überarbeiteten Vorschlag für Bananen-Einfuhrzölle vor, der eine Reduktion des Zollsatzes für meistbegünstigte Zulieferer vorsieht.

13. September

Umwelt: Der Europäische Gerichtshof (EuGH) erklärt einen Rahmenbeschluss des Rates für nichtig, wonach die Mitgliedstaaten eigenständig Strafmaßnahmen bei Umweltkriminalität erlassen können. Künftig fallen strafrechtliche Sanktionen bei Umweltfragen in die Rechtsprechung des EuGH und nicht mehr in die der nationalen Gerichtshöfe.

14. September

EU-China: Die Verordnung der Europäischen Kommission zur Aufhebung der Blockade chinesischer Textilimporte tritt in Kraft.

15. September

Nachbarschaftspolitik: Die Kommission empfiehlt dem Rat Verhandlungen mit der Ukraine über die Vereinfachung der Ausstellung von Kurzzeitvisa für den Schengen-Raum.

19. September

Energie: Der für Energiepolitik zuständige EU-Kommissar Andris Piebalgs trifft den OPEC-Präsidenten, Scheich Ahmad Fahad Al Sabah. Im Vordergrund stehen Gespräche über den hohen Ölpreis.

19.-20. September

Landwirtschaft und Fischerei: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei kommt zu einer Tagung zusammen. Zentrale Themen sind der Zuckersektor und die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums.

Sport: Die europäischen Sportminister treffen sich zu einer informellen Tagung. Im Mittelpunkt der Gespräche steht die Rolle des Sports für eine gesunde Lebensführung, für den interkulturellen Dialog und für die Freiwilligenarbeit.

20. September

Binnenmarkt: Der Rat nimmt eine Richtlinie an, die künftig den grenzübergreifenden Zusammenschluss von Kapitalgesellschaften erleichtern soll.

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Zugleich nimmt der Rat eine Richtlinie zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung an.

21. September

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Die Europäische Kommission kündigt die Finanzierung eines Pilotprojekts zur Prävention und Bekämpfung des Terrorismus an.

Umwelt: Die Europäische Kommission entwirft eine Strategie zur Verbesserung der Luftqualität in Europa.

22.-23. September

Transparenz: Die Entscheidungsträger der EU treffen sich in Edinburgh zur „Better Regulation Conference“. Ziel ist es, die Rechtssetzung in der EU zu vereinfachen und transparenter zu gestalten.

17.-23. September

Die Rolle der Union in der Welt: Vertreter der EU treffen sich am Rande der UN-Generalversammlung in New York mit Vertretern der USA, Russlands, Chinas, Japans, Bosnien-Herzegowinas, der Ukraine, der Riogruppe, dem UN-Sicherheitsrat, der OSZE und der palästinensischen Autonomiebehörde. Die EU unterzeichnet zudem die erste gemeinsame politische Erklärung mit dem Irak.

27. September

Umwelt: Die Europäische Kommission schlägt eine Strategie zur Reduktion der Treibhausgasemissionen aus dem Luftverkehr vor.

29. September

Sozialpolitik: Die Sozialpartner treffen sich zum 20. Europäischen Sozialen Dialog.

30. September

Bildung: Die Europäische Kommission schlägt zur Umsetzung der Strategie „i2010 – Eine europäische Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung“ die Einrichtung von europäischen digitalen Bibliotheken vor.

Oktober

03. Oktober

EU-Russland: Vertreter der EU und Russlands kommen am Vorabend des EU-Russland-Gipfels in London zum ersten Ständigen Partnerschaftsrat EU/Russland zu Energiefragen zusammen. Gleichzeitig finden die europäisch-russischen Industrie-Rundtisch-Gespräche statt.

03.-04. Oktober

Erweiterung: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehung beschließt die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Kroatien. Weitere Themen der Ratssitzung sind unter anderem die Weitergabe von Flugdaten zwischen der EU und Kanada, ein mögliches Assoziierungs- und Stabilisierungsabkommen mit Serbien-Montenegro, die Lage in Kolumbien, der EU-Jahresbericht zur Menschenrechtslage und der internationale Waffenhandel.

04. Oktober

EU-Russland: Die EU und Russland treffen sich in London zum 16. europäisch-russischen Gipfel. Im Vordergrund stehen Gespräche über die vier Gemeinsamen Räume Wirtschaft und Handel, Freiheit, Sicherheit und Recht, äußere Sicherheit und Forschung und Bildung.

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Die Kommission legt einen Vorschlag für einen Rahmenbeschluss des Rates über den Schutz personenbezogener Daten im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit vor.

06. Oktober

Verkehr, Telekommunikation und Energie: Der Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie tagt in Luxemburg. Im Vordergrund stehen die Themen Schutz von Flugreisenden mit eingeschränkter Mobilität, Verbesserung der Gefahrenabwehr in Häfen sowie weitere Maßnahmen zur Unterstützung des Mandats des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien.

11. Oktober

Wirtschaft und Finanzen: Der Rat Wirtschaft und Finanzen tagt in Luxemburg. Er erörtert unter anderem die Themen Wettbewerbspolitik, Finanzdienstleistungen, Finanzmärkte und einen Verhaltenskodex zum Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Wettbewerbsfähigkeit: Der Rat Wettbewerbsfähigkeit tagt in Brüssel. Zentrale Gesprächspunkte sind die geplante Chemikalienrichtlinie REACH und die Vereinfachung der Verfahren auf europäischer Ebene.

Steuern und Zoll: Die Europäische Kommission veröffentlicht einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie.

12. Oktober

Forschung und Entwicklung: Die Europäische Kommission veröffentlicht einen Aktionsplan zu den Themen Forschung und Entwicklung.

Die Rolle der Union in der Welt: Die EU verabschiedet ihre „Strategie der Europäischen Union für Afrika“, die sich hauptsächlich mit den Bereichen Entwicklung und Sicherheit befasst.

12.-13. Oktober

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Der Rat Justiz und Inneres tagt in Luxemburg unter anderem zu den Themen Vorratsspeicherung von Daten, regionale Schutzprogramme bezüglich der Migrationsproblematik, Verbesserung der Arbeit von Europol, Europäische Beweisverordnung und Zulassung von Forschern aus Drittstaaten in die EU.

Die Kommission legt auf der Grundlage des Haager Programms einen Vorschlag für einen Rahmenbeschluss über den Austausch von Informationen nach dem Grundsatz der Verfügbarkeit vor. Weitere Vorschläge unterbreitet sie zu den Themen Austausch verfolgungsrelevanter Informationen und Kooperation mit Drittstaaten im Rahmen des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

EU-Russland: In Luxemburg tagt der Ständige Partnerschaftsrat EU-Russland für den Bereich Justiz und Inneres. Kernthemen sind die Visaregelungen zwischen der EU und Russland und der Ausbau eines Gemeinsamen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

13. Oktober

Kommunikation: Die Europäische Kommission legt ihren Plan D (Demokratie, Debatte, Dialog) vor, der nationale Debatten zur Zukunft der Verfassung und der Europäischen Union initiieren soll.

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Die europäischen Verteidigungsminister und hohe Beamte der EU treffen sich. Auf der Agenda stehen unter anderem die Themen Europäische Verteidigungsagentur und die EUFOR-Mission in Bosnien.

17. Oktober

Umwelt: Der Rat der Umweltminister tagt in Luxemburg und erörtert unter anderem die geplante Chemikalien-Richtlinie REACH, die Folgen des Klimawandels, gemeinsame Regeln für Rückversicherungen und die Möglichkeit der besseren Rechtssetzung im Umweltbereich.

Gesundheit: Die Europäische Union leitet mit dem „Grünbuch über psychische Gesundheit“ einen öffentlichen Konsultationsprozess im Bereich psychische Erkrankungen ein.

18. Oktober

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Auswärtiges kommt im Vorfeld der Tagung des Allgemeinen Rates der WTO zu einer Sondertagung zusammen, um die WTO-Entwicklungsagenda von Doha zu erörtern. Weiteres Thema ist die Vogelgrippe und eine mögliche Grippepandemie.

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Die Europäische Kommission schlägt Initiativen für einen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschen Schmuggels und -handels vor.

20. Oktober

Binnenmarkt: Die Europäische Kommission legt den Richtlinienvorschlag „Portabilität ergänzender Rentenansprüche“ vor, wonach Arbeitnehmer bei einem Arbeitsplatzwechsel oder beim Wechsel in einen anderen Mitgliedstaat keine wesentlichen Einbußen bei ihren Leistungen aus Betriebsrenten erfahren.

20.-21. Oktober

Gesundheit: Der Rat der Gesundheitsminister trifft sich zu einer Sondertagung zum Thema Vogelgrippe.

21. Oktober

Erweiterung: Die Kommission empfiehlt dem Rat die Aufnahme von Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Bosnien und Herzegowina.

24. Oktober

Beschäftigung und Soziales: In London kommen Kommissionspräsident José Manuel Barroso, der amtierende EU-Ratspräsident Tony Blair und die Europäischen Sozialpartner zu einem Dreiergipfel zusammen.

24.-25. Oktober

Entwicklungspolitik: Der Rat Entwicklungspolitik kommt in Leeds zu einem informellen Ratstreffen zusammen. Im Vordergrund der Gespräche stehen die Strategie der EU für Afrika und das Erdbeben in Pakistan.

Landwirtschaft und Fischerei: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei trifft sich zu einer Tagung. Auf der Agenda stehen unter anderem der Zuckersektor der EU und die laufenden WTO-Verhandlungen über die Landwirtschaft.

25. Oktober

Südosteuropapolitik/Energie: Die EU und die südosteuropäischen Staaten (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Rumänien, Serbien und Montenegro und der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo) unterzeichnen einen Vertrag zur Förderung der Energieintegration.

26. Oktober

Die Rolle der Union in der Welt: Die Europäische Union beschließt die Entsendung einer Wahlbeobachtungsmmission nach Sri Lanka.

Steuern und Zoll: Die Europäische Kommission legt im Rahmen des Lissabon-Prozesses einen Plan über EU-weite Maßnahmen in den Bereichen Steuern und Zoll vor.

27. Oktober

Europäischer Rat: Der Europäische Rat trifft sich zu einer Sondertagung im englischen Hampton Court. Zentrale Themen sind das Europäische Wirtschafts- und Sozialmodell, die europäische Energiepolitik, ein möglicher Globalisierungsfond und der Kampf gegen den Terrorismus.

Außenwirtschaftspolitik: Die WTO lehnt den Vorschlag der EU vom 12. September 2005 zum Einfuhrzoll für Bananen ab.

November

04. November

EU-China: Die Europäische Kommission trifft mit Vertretern der chinesischen Regierung in Brüssel zusammen, um die Themen Doha-Runde der WTO, Marktzugang und Rechte an geistigem Eigentum zu besprechen.

07. November

Finanzielle Vorausschau 2007-2013: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen trifft sich zu einer Tagung, um über den weiteren Verlauf der im Juni 2005 vorläufig gescheiterten Verhandlungen zur Finanziellen Vorausschau 2007-2013 zu beraten. Weitere Themen des Rates sind der künftige Status des Kosovo und die Lage im Nahen Osten.

07.-08. November

Wirtschaft und Finanzen: Der Rat Wirtschaft und Finanzen tagt in Brüssel. Zentrale Gesprächspunkte sind das übermäßige Staatshaushaltsdefizit Ungarns, der EU-Haushalt, das Statistikwesen der EU und grenzüberschreitende Fusionen in der Finanzdienstleistungsbranche.

09. November

Erweiterung: Die Europäische Kommission empfiehlt dem Rat die Verleihung des Beitrittskandidatenstatus' an Mazedonien.

Transparenz: Die Europäische Kommission lanciert eine „europäische Transparenzinitiative“, mit der die Transparenz europäischer Politik gestärkt werden soll.

10. November

Die Rolle der Union in der Welt: Die EU-Troika kommt im Niger mit Vertretern der Economic Community of West African States (ECOWAS) zusammen, um gemeinsame Strategien in den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit und Migration zu entwerfen.

Steuern und Zoll: Die EU nimmt einen Verhaltenskodex zum Thema Verrechnungspreise für grenzüberschreitende konzerninterne Transaktionen an.

Binnenmarkt: Die Europäische Kommission legt einen Vorschlag für ein Maßnahmenpaket vor, das kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stärken soll.

14.-15. November

Bildung, Jugend und Kultur: Der Rat Bildung, Jugend und Kultur erörtert auf seiner Tagung in Brüssel die Programme „Media 2007“, „Kultur 2007“, „Lebenslanges Lernen“ und „Jugend in Aktion“. Gleichzeitig nimmt der Rat eine Gemeinsame Aktion zur Polizeimission der Europäischen Union für die Palästinensischen Gebiete an.

15. November

Nachbarschaftspolitik: Die EU eröffnet Agrarhandelsgespräche mit den Euro-Med-Ländern.

16. November

Die Rolle der Union in der Welt: Die Europäische Union und Afghanistan beschließen, im Rahmen der EU-afghanischen Partnerschaft zusammenzuarbeiten. Anlässlich der Parlamentswahlen entsendet die EU zudem eine Wahlbeobachtermission nach Venezuela.

21. November

Europäischer Wirtschaftsraum: Die Wirtschaftsminister des Europäischen Wirtschaftsraums treffen sich zu Konsultationen.

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat der EU beschließt die Aufnahme von Gesprächen mit den Euro-Med-Ländern über Dienstleistungen und Investitionen. Gleichzeitig beschließt die EU die Entsendung einer Mission zur Beobachtung der palästinensischen Wahlen. In Brüssel tagt der fünfte EU-Marokko-Assoziationsrat.

21.-22. November

Finanzielle Vorausschau 2007-2013: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Auswärtiges erörtert auf einer Tagung die Finanzielle Vorausschau 2007-2013. Zudem wird der Dezenbergipfel des Europäischen Rates vorbereitet.

Die Rolle der Union in der Welt/Erweiterung: Der Rat der EU beschließt eine ESVP-Mission an der Grenzübergangsstelle Rafah und ermächtigt die Kommission, mit Bosnien und Herzegowina Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen aufzunehmen.

22.-24. November

Landwirtschaft und Fischerei: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei tagt in Brüssel. Er erzielt eine Einigung über die Reform der gemeinsamen Marktorganisation für Zucker.

22. November – 01. Dezember

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Die Europäische Union führt im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zum ersten Mal eine militärische Übung (MILEX 05) durch. MILEX 05 ist auf die militärischen Kernaspekte ausgerichtet, erstmals wird ein Hauptquartier für Operationsführung als Teil einer EU-Übung vollständig aktiviert.

23. November

Entwicklungspolitik: Der Rat der EU und die Europäische Kommission beschließen den „Brüsseler Konsens“ über eine einheitliche europäische Entwicklungspolitik.

24. November

Wirtschaft und Finanzen: Der Rat Wirtschaft und Finanzen erörtert auf einer Tagung den Entwurf des EU-Haushaltsplans 2006.

Die Rolle der Union in der Welt: Gleichzeitig nimmt der Rat Gemeinsame Aktionen zur Einsetzung einer Gruppe von EU-Polizeiberatern bis Juni 2006 in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und zur Fortsetzung der EU-Polizeimission in Bosnien und Herzegowina bis Ende 2007 an.

Terrorismusbekämpfung: Die Europäische Kommission initiiert mit dem Grünbuch „Schutz kritischer Infrastruktur“ einen öffentlichen Konsultationsprozess zum Thema Terrorbekämpfung.

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Die Europäische Kommission schlägt Änderungen der Datenbank zum Visa-Informationssystem und zum Schengen-Informationssystem vor.

27.-28. November

Nachbarschaftspolitik: Die EU und die Vertreter der Euro-Med-Länder kommen in Barcelona zum zehnten Euro-Mediterranen Gipfeltreffen zusammen.

28.-29. November

Wettbewerbsfähigkeit: Der Rat Wettbewerbsfähigkeit billigt Bestimmungen zum Siebten Rahmenprogramm Forschung und technologische Entwicklung.

Außenwirtschaftspolitik: Zudem nimmt der Rat eine Verordnung über einen neuen Zollsatz für die Einfuhr von Bananen an.

29. November

Erweiterung: Vertreter der EU und Kroatiens bzw. der EU und der Türkei kommen in Brüssel zur jeweils ersten Tagung der Beitrittskonferenzen zusammen.

Binnenmarkt: Der Rat der EU nimmt eine Richtlinie über die Fusion von Kapitalgesellschaften in der EU an.

30. November

Transatlantische Beziehungen: Die EU-Kommission und Vertreter der US-Regierung treffen sich zum ersten informellen europäisch-amerikanischen Wirtschaftstreffen. Gegenstand der Gespräche ist die transatlantische Wirtschaftszusammenarbeit, insbesondere die Kooperation bei der Regelung von geistigen Eigentumsrechten.

Außenwirtschaftspolitik: Der Handelskommissar der EU, Peter Mandelson, trifft Vertreter der G90-Gruppe der Entwicklungsländer auf deren Ministertreffen in Brüssel.

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik: Die Kommission nimmt eine Mitteilung mit vorrangigen Maßnahmen zur Migrationssteuerung an.

Steuern und Zoll: Die Europäische Kommission nimmt zwei Vorschläge an, mit denen der EU-Zollkodex modernisiert sowie ein elektronisches Arbeitsumfeld für den Zoll geschaffen werden soll.

Die Rolle der Union in der Welt: Die EU startet in Moldawien und in der Ukraine jeweils eine EU-Grenzmission.

Dezember

01./05. Dezember

Verkehr, Telekommunikation und Energie: Der Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie nimmt auf seiner Tagung in Brüssel eine Verordnung über die Aufstellung einer Gemeinschaftsliste von Luftfahrtunternehmen an, gegen die eine Betriebsuntersagung ausgesprochen wurde. Weitere Gesprächsthemen sind Schienenpersonenverkehrsdienste, Fahrgastrechte im grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr, Zertifizierung von Zugpersonal, Klimawandel, die Initiative i2010, der digitale Rundfunk, der Seeverkehrssektor und die Elektrizitätsversorgung.

Nachbarschaftspolitik: Die EU und die ukrainische Regierung treffen sich in Kiew zum EU-Ukraine-Gipfel. Thema ist unter anderem der Beitritt der Ukraine zum EU-Satellitennavigationsprogramm GALILEO.

Haushalt: Der Rat der EU, die Kommission und das Europaparlament erzielen eine Einigung über den EU-Haushalt 2006.

Terrorismusbekämpfung: Die Kommission nimmt eine Mitteilung an, in der sie die EU-Mitgliedstaaten zur Kooperation beim Kampf gegen die Finanzierung von terroristischen Aktivitäten aufruft.

Antidiskriminierungspolitik: Die Kommission schlägt anlässlich des Europäischen Tags der Menschen mit Behinderung Maßnahmen zur aktiven Integration von Menschen mit Behinderung in die europäische Gesellschaft vor.

Binnenmarkt: Die Kommission legt einen Richtlinienentwurf für einen einheitlichen Zahlungsverkehrsraum vor.

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik: Der Rat der EU nimmt eine Richtlinie zum Asylverfahren in der EU an. Damit gelten nun europaweit einheitliche Mindestnormen bei allen erstinstanzlichen Verfahren.

01.-02. Dezember

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Der Rat Justiz und Inneres nimmt eine Strategie zur Terrorismusbekämpfung sowie eine Strategie und einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung an. Er nimmt darüber hinaus eine Richtlinie über Mindestnormen für Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Zu- und Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft sowie einen Aktionsplan zur Vorbeugung und Bekämpfung des Menschenhandels an. Er erzielt zudem eine Einigung bezüglich des Textes einer Richtlinie über die Vorratsspeicherung von Daten. Ein Rahmenbeschluss soll den Austausch von Informationen zwischen den Strafverfolgungsbehörden in der Europäischen Union verbessern.

02. Dezember

Umwelt: Der Rat der Umweltminister erörtert unter anderem die Klimaauswirkungen des Luftverkehrs, das internationale Chemikalienmanagement sowie die Folgen von Gentechnik. Er nimmt eine Verordnung über die Schaffung eines Europäischen Registers zur Erfassung der Freisetzung und Verbringung von Schadstoffen sowie einen Beschluss zum Abschluss des Protokolls der Wirtschaftskommission der UN für Europa über Register zur Erfassung der Freisetzung und Verbringung von Schadstoffen an.

Energie: Die EU trifft sich mit Vertretern der OPEC zum zweiten EU-OPEC-Energiedialog.

06. Dezember

Wirtschaft und Finanzen: Der Rat Wirtschaft und Finanzen erörtert auf seiner Tagung unter anderem die Themen Globalisierung, nationale Reformprogramme der Mitgliedstaaten im Rahmen der Lissabonner Wirtschaftsreformstrategie, die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung sowie die Mehrwertsteuersätze.

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Die Europäische Kommission legt eine Initiative vor, mit der sie den grenzüberschreitenden Wettbewerb bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern intensivieren will.

07. Dezember

Kommunikation: Die Europäische Kommission gibt den Startschuss für die Internetdomain „eu“.

Umwelt/Energie: Die Kommission legt Aktionspläne für die Themen Biomasse und Biokraftstoffe vor.

08.-09. Dezember

Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz: Auf der Tagung des Rates Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz wird unter anderem eine Einigung über die Richtlinie zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen erzielt.

09. Dezember

EU-Lateinamerika: Die Europäische Kommission schlägt dem Rat und dem Europäischen Parlament eine erneuerte Strategie für die strategische Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika vor. Gestärkt werden sollen der politische Dialog, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die regionale Integration, die Bekämpfung von Ungleichheiten und die Entwicklungshilfepolitik. Zugleich wird die Zusammenarbeit zwischen der EU und Lateinamerika bei der Satellitennavigation im Rahmen von GALILEO intensiviert.

12. Dezember

Die Rolle der Union in der Welt/Wirtschaft und Finanzen: Auf der Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen nimmt der Rat unter anderem eine Einigung über die Erteilung eines Mandats für die Kommission zur Aushandlung eines Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit China, eine Verordnung zur Verbesserung der Qualität der statistischen Daten bezüglich der Anwendung des EU-Defizitverfahrens sowie eine Richtlinie zur Verlängerung der Geltungsdauer des Mehrwertsteuer-Mindestnormalsatzes von 15% bis 2010 an. Der Rat hat zudem einen Beschluss an, mit dem die Reihenfolge für die Wahrnehmung des Vorsizes im Rat der EU bis 2018 festgelegt wird. Ferner verabschiedet er die Strategie der EU für Afrika.

Die EU-Troika reist zum EU-Afrika-Dialog nach Mali.

In Brüssel trifft sich der Kooperationsrat EU-Kirgisien.

13. Dezember

Wettbewerbsfähigkeit: Der Rat Wettbewerbsfähigkeit erzielt auf einem außerordentlichen Treffen eine Einigung über den Entwurf einer Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) und zur Schaffung eines Europäischen Amtes für chemische Stoffe.

Energie: Der Rat der EU nimmt eine Richtlinie zur Endenergieeffizienz und zu Energiedienstleistungen an.

13.-18. Dezember

Außenwirtschaftspolitik: Auf einer Sondertagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen billigt der Rat die aus der Ministerkonferenz der WTO in Hongkong resultierende Erklärung im Rahmen der WTO-Entwicklungsagenda von Doha.

14. Dezember

Entwicklungspolitik: Die Kommission legt eine Strategie zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Personalknappheit im Gesundheitswesen vor.

15. Dezember

Haushalt: Das Europäische Parlament nimmt den EU-Haushalt 2006 an.

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Die Kommission legt im Rahmen des Programms „Rom I“ zwei Initiativen zur Erleichterung der Einziehung von Unterhaltszahlungen und zur Modernisierung der Regeln zur Bestimmung des auf vertragliche Schuldverhältnisse anwendbaren Rechts vor.

Gesundheit: Die Europäische Kommission veröffentlicht eine Mitteilung über die Bekämpfung von HIV/Aids in der EU und in den Nachbarländern für den Zeitraum 2006-2009.

15.-16. Dezember

Europäischer Rat: Der Europäische Rat tagt in Brüssel. Zentrale Gesprächsthemen sind die Afrikapolitik der EU, die EU-Migrationspolitik, die geplante Dienstleistungsrichtlinie und die Initiative der Kommission zur besseren Rechtssetzung in der EU. Zudem wird eine Einigung über die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 erzielt.

16. Dezember

Nachbarschaftspolitik: Auf einer Konferenz in Marokko wird die Intensivierung der Euro-Med-Partnerschaft im Bereich der Verkehrszusammenarbeit beschlossen.

20. Dezember

Binnenmarkt: Die Kommission veröffentlicht ein Grünbuch über Schadenersatzklagen wegen Verletzung des EU-Wettbewerbsrechts und leitet damit einen öffentlichen Konsultationsprozess zum Thema ein.

20.-22. Dezember

Landwirtschaft und Fischerei: Auf der Tagung des Rates Landwirtschaft und Fischerei nimmt der Rat unter anderem eine Richtlinie zur Vogelgrippe an.

21. Dezember

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik: Die EU-Kommission schlägt im Rahmen des Haager Programms einen Fahrplan zur Wirtschaftsmigration und legalen Zuwanderung vor.

22. Dezember

Regionalpolitik: Die Europäische Kommission erlässt neue Leitlinien für die Regionalbeihilfen für die Jahre 2007-2013. Die Leitlinien sind darauf ausgerichtet, die Regionalbeihilfen auf die am meisten benachteiligten Gebiete der erweiterten Union zu begrenzen.

28. Dezember

Verkehr: Das Satellitennavigationssystem GALILEO wird gestartet. Der Satellit GIOVE-A wird von Kasachstan aus auf seine Umlaufbahn gebracht.

2006

Januar

01. Januar

Ratspräsidentschaft: Österreich übernimmt turnusgemäß die EU-Ratspräsidentschaft von Großbritannien. Die Prioritäten der Ratspräsidentschaft sollen auf den Bereichen Arbeitsplätze und Wachstum, Sicherung und Weiterentwicklung des spezifischen europäischen Lebensmodells und die Stärkung des Vertrauens der Bürger in das europäische Projekt liegen. Auch die Zukunft der europäischen Verfassung soll thematisiert werden.

04. Januar

Binnenmarkt: Die Europäische Kommission nimmt zwei Vorschläge an, mit denen die Vorschriften für geschützte geographische Angaben, geschützte Ursprungsbezeichnungen und „garantiert traditionelle Spezialitäten“ klarer gefasst und vereinfacht werden sollen.

10. Januar

Binnenmarkt: Die Europäische Kommission legt einen Richtlinienvorschlag vor, der durch die Einführung von Mindeststandards die grenzüberschreitende Ausübung von Aktionärsrechten bei börsennotierten Gesellschaften erleichtern soll.

12. Januar

Die Rolle der Union in der Welt: Die EU und die Republik Korea unterzeichnen ein Abkommen, wonach die Republik Korea künftig am Satellitennavigationsprogramm GALILEO beteiligt wird.

Kommunen/Umwelt: Die Europäische Kommission schlägt eine neue thematische Strategie für die städtische Umwelt vor. Sie soll den Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken zwischen den europäischen Kommunalbehörden fördern und dadurch die Umsetzung der EU-Umweltpolitik und des EU-Umweltrechts auf lokaler Ebene erleichtern.

12.-14. Januar

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Auf einer informellen Ratssitzung erörtert der Rat Justiz und Inneres unter anderem die Themen Asyl- und Migrationsmanagement, das Abkommen über eine operative und strategische Zusammenarbeit zwischen der Republik Kroatien und Europol, die Weiterentwicklung des europäischen Strafrechts und die Grundrechte und die Umsetzung der Strategie für die externe Dimension der Justiz- und Innenpolitik.

18. Januar

Die Rolle der Union in der Welt: Hochrangige Vertreter der EU und Japans treffen sich in Brüssel zu Konsultationen über Finanzangelegenheiten.

19.-21. Januar

Beschäftigung und Soziales: Der Rat Beschäftigung und Soziales trifft sich zu einer informellen Ratssitzung und erörtert unter anderem die beiden Punkte Flexicurity und die soziale Dimension der Lissabon-Strategie.

20. Januar

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik: Die Kommission startet das web-gestützte Kommunikationssystem ICONET zur Koordinierung und zum Austausch von Informationen über illegale Einwanderung.

23. Januar

Erweiterung: Auf der Basis der Entscheidung über die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nimmt der Rat eine Entscheidung zu den Prinzipien, Prioritäten und Bedingungen der Türkei-Beitrittspartnerschaft an.

Nachbarschaftspolitik: Der Rat nimmt zudem einen Beschluss über ein Programm für technische Hilfe und Informationsaustausch für Russland und die Länder, die von der Europäischen Nachbarschaftspolitik erfasst werden, an.

Landwirtschaft und Fischerei: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei tagt unter anderem zu den Themen Biomasse, Lebensmittelqualität und Zuckersektor.

24. Januar

Wirtschaft und Finanzen: Auf der Tagung des Rates Wirtschaft und Finanzen sind unter anderem ermäßigte Mehrwertsteuersätze, die Vorbereitung des Frühjahrsgipfels des Europäischen Rates, laufende Defizitverfahren und eine Finanzhilfe für Georgien Gegenstand der Gespräche.

27.-28. Januar

Zukunft der EU: In Salzburg findet die von der amtierenden österreichischen Ratspräsidentschaft organisierte Konferenz „The Sound of Europe“ zur Zukunft der Europäischen Union statt.

30. Januar

Transparenz: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen veröffentlicht auf seiner Tagung eine Liste von Ratssitzungen, die künftig öffentlich abgehalten werden sollen.

31. Januar

Erweiterung: In Brüssel findet das elfte Treffen des Assoziationsrats EU-Bulgarien statt, bei dem weitere Reformanstrengungen vor dem Beitritt Bulgariens angemahnt werden.

Februar

01. Februar

Kommunikation: Die Europäische Kommission veröffentlicht ihr „Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik“, in dem sie ein koordiniertes Vorgehen aller am europäischen Entscheidungsprozess beteiligten Ebenen bei der Kommunikationspolitik der EU anmahnt.

08. Februar

Verfassung: In Belgien wird die europäische Verfassung endgültig ratifiziert, nachdem neben dem belgischen Parlament nun auch alle Regionalkammern zugestimmt haben. Damit hat nun mehr als die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten die Verfassung ratifiziert.

09. Februar

Die Rolle der Union in der Welt: Die EU-Kommission und Regierungsvertreter von 15 Ländern des östlichen und südlichen Afrika schließen die erste Verhandlungsphase für ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und der Region ab. Die Gespräche gelten vorrangig dem Zugang zum europäischen Markt, der Reform der Ursprungsregeln und Maßnahmen zur Beseitigung technischer Handelshemmnisse.

13. Februar

Die Rolle der Union in der Welt: Die Europäische Union entsendet eine Wahlbeobachtungsmission zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Uganda. Zugleich beschließt die EU zusammen mit den Vereinten Nationen einen humanitären Aktionsplan für die Demokratische Republik Kongo.

14. Februar

Wirtschaft und Finanzen: Der Rat Wirtschaft und Finanzen nimmt eine Richtlinie an, die es den Mitgliedstaaten ermöglicht, bis zum Jahr 2010 ermäßigte Mehrwertsteuersätze für arbeitsintensive Dienstleistungen anzuwenden.

16. Februar

Binnenmarkt: Das Europäische Parlament nimmt die Dienstleistungsrichtlinie an.

17. Februar

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik: Die Kommission veröffentlicht eine Mitteilung mit Vorschlägen für ein Arbeitsprogramm für die operative Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in Asylangelegenheiten.

20. Februar

Landwirtschaft und Fischerei: Die Agrarminister der EU beschließen die Reform der europäischen Zuckermarktordnung und nehmen dazu drei Verordnungen an. Der Rat nimmt ferner einen Beschluss über strategische Leitlinien für die Entwicklung des ländlichen Raums für den Planungszeitraum 2007-2013 an.

21. Februar

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Auf der Sitzung des Rates Justiz und Inneres wird eine Richtlinie über die Vorratsspeicherung von Daten angenommen. Der Rat erlässt ferner eine Verordnung zur Regelung von Grenzkontrollen und Schlussfolgerungen zu einem Gegenseitigkeitsmechanismus für die Befreiung von der Visumpflicht. Bezüglich einer Verordnung zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens wird eine politische Einigung erzielt.

Erweiterung: Auf der Basis einer politischen Einigung des Rates der EU vom 12.12.2005 nimmt der Rat eine Entscheidung über die Prinzipien, Prioritäten und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft mit Kroatien an.

23. Februar

Bildung, Jugend und Kultur: Der Rat Bildung, Jugend und Kultur trifft sich zu einer Tagung. Er nimmt eine Richtlinie zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz und Beiträge für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates an.

27.-28. Februar

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen trifft sich zu Gesprächen über die Balkanstaaten, die Regelungen des Visasystems und die Reaktionen in der muslimischen Welt auf in europäischen Medien veröffentlichte Karikaturen. Die Aceh-Beobachtermission der EU wird um drei weitere Monate verlängert. Die EU und Japan vereinbaren eine Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

März

01. März

Transatlantische Beziehungen: Die EU hebt Sanktionen gegen die USA im Bereich des öffentlichen Auftragswesens auf, nachdem auch die USA Sanktionen gegen EU-Mitgliedstaaten aufgehoben hat.

02. März

Die Rolle der Union in der Welt: Die Kommission schlägt eine neue Strategie für die Partnerschaft zwischen der EU und der Karibik vor.

02. -03. März

Verkehr: Die Verkehrsminister der EU treffen sich zu einer informellen Ratssitzung, um über das Thema grenzüberschreitende Verkehrssicherheit zu diskutieren.

03. März: Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit

Die Kommission schlägt eine Verschärfung der Richtlinie zur Überwachung und Kennzeichnung von Feuerwaffen vor.

EU-Russland: Vertreter der EU und Russlands treffen sich zu Menschenrechtskonsultationen. Auf der Agenda stehen unter anderem die Themen Tschetschenien und Nordkaukasus.

06.-07. März

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Die europäischen Verteidigungsminister treffen sich in Innsbruck, um sich mit den Themen zivil-militärische Koordination, EU-Operationen am Westbalkan und in Afrika und militärische Fähigkeiten der Union zu befassen.

08. März

Energie: Die Kommission eröffnet mit einem Grünbuch „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ einen öffentlichen Konsultationsprozess über die 20 vorgeschlagenen Maßnahmen zur europäischen Energiepolitik.

09. März

Umwelt: Der Rat der Umweltminister legt seinen Beitrag für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates fest.

10. März

Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz: Der Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz legt seinen Beitrag für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates fest. Er nimmt unter anderem einen Gemeinsamen Standpunkt im Hinblick auf eine Richtlinie zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen und eine Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbstständige an.

10.-11. März

Die Rolle der Union in der Welt: Die Außenminister der EU und der Westbalkanstaaten (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Rumänien, Serbien und Montenegro und der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo) kommen zu einem informellen Treffen zusammen. In der „Salzburger Erklärung“ gibt der Rat seine Position zu den Balkanstaaten bekannt.

13. März

Wettbewerbsfähigkeit: Der Rat Wettbewerbsfähigkeit nimmt ein Eckpunktepapier zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in Europa an, das dem Europäischen Rat auf seiner Frühjahrstagung vorgelegt werden soll.

14. März

Wirtschaft und Finanzen: Der Rat Wirtschaft und Finanzen berät über die Defizitverfahren zu Deutschland und Italien. Gleichzeitig legt er seinen Beitrag für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates fest. Verkehr, Telekommunikation und Energie: Der Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie nimmt in einer Sondersitzung eine Richtlinie über Energieeffizienz und Energiedienstleistungen an.

16. März

Energie: Die Kommission nimmt an einem Treffen der G-8 in Moskau teil, bei dem Fragen der globalen Energieversorgungssicherheit diskutiert werden.

16.-17. März

Bildung: Die Bildungsminister der EU erörtern die Möglichkeiten zur Stärkung der Bildung in Europa.

20. März

Beschäftigung und Soziales: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Auswärtiges prüft den Entwurf von Schlussfolgerungen für die Tagung des Europäischen Rates, in deren Mittelpunkt die Lissabonner Strategie für Wachstum und Beschäftigung sowie die Energiepolitik stehen. Er berät ferner über die Antwort der EU auf die Bitte der Vereinten Nationen um eine eventuelle Unterstützung der EU für die Überwachung der bevorstehenden Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo.

Landwirtschaft und Fischerei: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei berät über Möglichkeiten zur Bewältigung der Vogelgrippe. Zugleich erlässt der Rat zwei Verordnungen, mit denen die Vorschriften

für die Eintragung von geschützten geografischen Angaben, geschützten Ursprungsbezeichnungen und garantiert traditionellen Spezialitäten vereinfacht werden.

Erweiterung: Der Assoziationsrat zwischen der EU und Rumänien trifft sich zu einer Tagung. Die EU mahnt im Hinblick auf den EU-Beitritt Rumäniens weitere Anstrengungen vor allem im Bereich der öffentlichen Verwaltung an.

Die Rolle der Union in der Welt: Vertreter der Europäischen Kommission, der Regierung Japans und der Sozialpartner erörterten die Auswirkungen der Globalisierung auf Beschäftigungspolitik und Arbeitsbeziehungen.

20.-21. März

Tourismus: Die Kommission legt anlässlich der Tagung des Rates der EU-Tourismusminister eine Strategie zur Förderung des europäischen Tourismus vor.

23.-24. März

Europäischer Rat: Der Europäische Rat kommt zu seinem Frühjahrsgipfel zusammen, bei dem traditionsgemäß die Themen Beschäftigung und Soziales und die Lissabon-Agenda im Vordergrund stehen. Weitere Themen sind eine europäische Energiepolitik, die Dienstleistungsrichtlinie und die Gleichstellung der Geschlechter.

24. März

Nachbarschaftspolitik: Die EU und die Länder des Mittelmeerraums beginnen Verhandlungen über die Liberalisierung von Dienstleistungen und über einfachere Rahmenbedingungen zur Förderung von Direktinvestitionen.

27. März

Verkehr, Telekommunikation und Energie: Der Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie kommt zu einer Sitzung zusammen. Er nimmt die Eurovignetten-Richtlinie und einen Entwurf der Führerschein-Richtlinie an.

EU-Lateinamerika: Die Kommission trifft sich mit Vertretern der Regierungen Chiles, Brasiliens und Argentinens zu Gesprächen über das Freihandelsabkommen EU-Mercosur und über die WTO-Runde von Doha.

29.-31. März

Bildung, Jugend und Kultur: Die Jugendminister der EU treffen sich zu einer informellen Tagung.

31. März

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik: Die Europäische Kommission bewilligt 15 Projekte zur Förderung der Integration von Drittstaatsangehörigen.

April

04. April

Finanzielle Vorausschau 2007-2013: Das Europäische Parlament, die österreichische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission einigen sich auf die Finanzielle Vorausschau 2007-2013, nachdem das Parlament diese im Januar zunächst abgelehnt hatte.

Binnenmarkt: Die Kommission legt nach der ersten Lesung des EU-Parlaments einen geänderten Vorschlag für die Dienstleistungsrichtlinie vor.

05. April

Südosteuropapolitik: Die Europäische Kommission leitet Gespräche über die Liberalisierung des Handels mit Südosteuropa ein.

07. April

Die Rolle der Union in der Welt: Die Kommission empfiehlt auf Grund des Wahlsiegs der Hamas, die Zahlungen der EU an und für die Palästinensische Autonomiebehörde einzustellen.

07.-08. April

Wirtschaft und Finanzen: Die EU-Minister Wirtschaft und Finanzen kommen zu einem informellen Treffen zusammen. Die Gespräche gelten vorwiegend den wirtschaftlichen Herausforderungen der Globalisierung und den europäischen Steuersystemen.

10. April

Erweiterung: In Luxemburg tagt zum zweiten Mal der Stabilisierungs- und Assoziierungsrat EU-Kroatien.

10.-11. April

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen erörtert auf seinem Treffen Einreiseverbote für die belarussische Führung, die Lage im Nahen Osten nach dem Sieg der Hamas bei den palästinensischen Parlamentswahlen und die Entwicklungspolitik der EU. Die Zahlungen der EU an die palästinensische Regierung werden eingestellt. Ferner nimmt der Rat Schlussfolgerungen im Hinblick auf eine mögliche Krisenbewältigungsoperation der EU im Kosovo und ein Abkommen zwischen der EU und dem Internationalen Strafgerichtshof an.

11. April

Nachbarschaftspolitik: In Luxemburg trifft sich der EU-Moldawien-Kooperationsrat. Gleichzeitig tagt der EU-Libanon-Assoziationsrat.

21.-22. April

Wettbewerbsfähigkeit: Der Rat Wettbewerbsfähigkeit trifft sich zu einer informellen Sitzung. Auf der Agenda stehen die Themen „Investing in Excellence and Innovation“, das Siebte Rahmenprogramm Forschung und technologische Entwicklung und die Weltraumforschung.

24. April

Die Rolle der Union in der Welt: Die EU-Troika reist nach Tokio zum EU-Japan-Gipfeltreffen. Im Vordergrund der Gespräche steht die Bewertung der Umsetzung des Aktionsplans zur europäisch-japanischen Kooperation.

25. April

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat nimmt eine Gemeinsame Aktion über die Polizeiemission der Europäischen Union (EUPOL Kinshasa) an.

Landwirtschaft und Fischerei: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei nimmt angesichts der Markteinbußen durch die Vogelgrippe eine Verordnung mit Sondermaßnahmen zur Marktstützung auf dem Geflügelsektor an.

26. April

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Die Europäische Kommission nimmt einen Richtlinienvorschlag zur Bekämpfung der Verletzungen geistigen Eigentums an und revidiert damit ihren am 12.07.2005 vorgelegten Vorschlag.

27.-28. April

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat beschließt auf der Tagung der EU-Minister für Justiz und Inneres eine Gemeinsame Aktion über die militärische Operation der Europäischen Union zur Unterstützung der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC).

Zukunft der EU: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen spricht bei einer informellen Tagung über die europäische Zukunftsdebatte.

28. April

EU-China/Forschung: Die EU und China verbinden im Rahmen des ORIENT-Projekts (Oriental Research Infrastructure to European NeTworks) elektronische Hochgeschwindigkeitsnetze, um einen offenen Austausch zwischen Forschern und Studenten zu ermöglichen.

Mai

03. Mai

Haushalt: Die Europäische Kommission legt den Haushaltsentwurf für 2007 vor.

Transparenz: Die Kommission verabschiedet im Rahmen ihrer Transparenzinitiative ein Grundbuch und initiiert damit gleichzeitig öffentliche Konsultationen zum Thema Transparenz in der EU.

Nachbarschaftspolitik: In Brüssel finden das Jahrestreffen der Kommission für den Verkehrskorridor Europa/Kaukasus/Asien und die zweite Verkehrsministerkonferenz der Gruppe EU-Schwarzmeer-Kaspisches Meer statt.

04.-05. Mai

Südosteuropapolitik: Die EU und die Staaten des Westbalkans (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Rumänien, Serbien und Montenegro und der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo) unterzeichnen bei der „Internationalen Konferenz zur Inneren Sicherheit als Element in den Beziehungen der EU mit ihren Nachbarn“ die „Wiener Erklärung zur Partnerschaft für die Sicherheit“ und eine Polizei-Kooperations-Konvention für Südosteuropa.

Die Kommission empfiehlt dem Rat, Verhandlungen über ein Abkommen zwischen der EU und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien über die erleichterte Erteilung von Kurzzeitvisa und die Rückübernahme eigener Staatsangehöriger aufzunehmen.

EU-Russland/transatlantische Beziehungen: Erstmals findet ein Sicherheitsdialog zwischen der EU, den USA und Russland statt. Es wird ein Konzept für eine trilaterale Sicherheitskooperation definiert.

05. Mai

Wirtschaft und Finanzen: Der Rat Wirtschaft und Finanzen erörtert auf einer Tagung die Themen Finanzdienstleistungspolitik, Finanzaufsicht und Mehrwertsteuerregelungen für Unternehmen. Gleichzeitig erzielt er eine politische Einigung über Vorschläge für die Unterstützung aus den Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds der EU für den Zeitraum 2007-2013.

Südosteuropapolitik/Verkehr: Die EU unterzeichnet mit den Verkehrsministern der acht südosteuropäischen Partnerstaaten (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Rumänien, Serbien und Montenegro und der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo) sowie Islands und Norwegens ein Übereinkommen über die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraums.

08.-09. Mai

Zukunft der EU: In Brüssel findet die Interparlamentarische Konferenz des Europaparlaments und der Parlamente der Mitgliedstaaten zur Zukunft Europas statt.

09. Mai

Verfassung: Das estnische Parlament ratifiziert am Europatag die europäische Verfassung. Estland ist der 15. EU-Mitgliedstaat, der die europäische Verfassung ratifiziert.

10. Mai

Verfassung: Die Kommission präsentiert mit einem Grundsatzprogramm für die europäischen Bürgerinnen und Bürger ihren Beitrag zum Europäischen Rat im Juni, auf dem die nationalen Debatten im Rahmen von Plan D zur Zukunft der EU und der europäischen Verfassung bewertet werden sollen.

11. Mai

Steuern und Zoll: Die Europäische Kommission kündigt einen Rechtsvorschlag zur Modernisierung der Vorschriften für Finanzdienstleistungen und Versicherungsleistungen an.

12.-13. Mai

EU-Lateinamerika: In Wien findet das vierte Gipfeltreffen EU-Lateinamerika/Karibik statt. Gleichzeitig findet der erste Wirtschaftsgipfel zwischen der EU und der Region Lateinamerika/Karibik statt.

15. Mai

Finanzielle Vorausschau 2007-2013: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Auswärtiges billigt die Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Finanzielle Vorausschau 2007-2013.

Die Rolle der Union in der Welt: Gleichzeitig beschließt der Rat, der Bevölkerung der palästinensischen Gebiete unter Umgehung der Hamas-Regierung direkte finanzielle Hilfe zukommen zu lassen. Am Rande der Tagung treffen Vertreter des Rates auf den Golfkooperationsrat zu Gesprächen über die Lage im Nahen Osten.

16. Mai

Steuern und Zoll: Die Europäische Kommission schlägt vor, die Geltungsdauer der Richtlinie über die mehrwertsteuerliche Behandlung von elektronisch erbrachten Dienstleistungen zu verlängern.

Euro: Die Kommission schlägt vor, Slowenien die Einführung des Euro im Januar 2007 zu gestatten.

Erweiterung: Die Kommission legt ihre Monitoring-Berichte über den Stand der Beitrittsvorbereitungen Bulgariens und Rumäniens vor und stellt beiden Ländern den Beitritt zum 01.01.2007 in Aussicht, wenn bestehende Mängel bis dahin beseitigt werden.

Nachbarschaftspolitik: In Brüssel trifft sich der Assoziationsrat EU-Algerien.

17. Mai

Steuern und Zoll: Die Europäische Kommission schlägt eine Weiterführung der EU-Programme zur Finanzierung der Zollreform und Förderung der reibungslosen Verwaltung der elektronischen Steuersysteme vor.

Finanzielle Vorausschau 2007-2013: Das Europäische Parlament und der Rat unterzeichnen die Interinstitutionelle Vereinbarung über die Haushaltsdisziplin und die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung 2007-2013.

18. Mai

Die Rolle der Union in der Welt: Die Europäische Kommission beschließt die Entsendung einer Wahlbeobachtungsmision in die Demokratische Republik Kongo.

18.-19. Mai

Bildung, Jugend und Kultur: Der Rat Bildung, Jugend und Kultur erzielt eine politische Einigung über die Programme „Media 2007“, „Kultur 2007“ und „Bürger für Europa“ sowie über eine Empfehlung zum Schutz von Jugendlichen im Zusammenhang mit audiovisuellen und Online-Diensten.

Die Rolle der Union in der Welt: Gleichzeitig beschließt der Rat die Einfrierung aller finanziellen und wirtschaftlichen Ressourcen der belarussischen Führung.

19.-21. Mai

Umwelt: Die EU-Umweltminister treffen sich zu einer informellen Sitzung. Der Schwerpunkt der Gespräche liegt auf den Themen Umwelttechnologie und Stadtökologie.

22. Mai

Binnenmarkt: Der Rat nimmt eine Richtlinie mit Bestimmungen zu den jährlichen Finanzberichten der Firmen in der EU an und ersetzt damit die bestehenden Regelungen.

Umwelt: Die Kommission nimmt eine Mitteilung an, in der sie einen Aktionsplan zum Schutz der Artenvielfalt vorschlägt.

22.-23. Mai

Landwirtschaft und Fischerei: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei diskutiert auf einer Tagung das Thema Verunreinigungen von Bioprodukten.

23. Mai

Erweiterung: Die Bevölkerung Montenegros entscheidet sich in einem Referendum für die Unabhängigkeit von Serbien.

24. Mai

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik: Die Kommission verabschiedet einen geänderten Vorschlag zum Europäischen Flüchtlingsfonds. Die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Bewältigung besonderer Belastungssituationen, zur Neuansiedlung von Personen, die internationalen Schutz benötigen, zur Förderung der praktischen Zusammenarbeit und zur Lastenteilung sollen finanziell unterstützt werden.

25. Mai

EU-Russland: In Sotschi findet der EU-Russland-Gipfel statt. Im Vordergrund stehen Gespräche über ein Konzept zur Entwicklung eines neuen Rahmens für die Beziehungen zwischen der EU und Russland, das an die Stelle des bisherigen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens treten soll.

Die Rolle der Union in der Welt: Die Europäische Kommission nimmt einen Vorschlag für die erste förmlich festgelegte Strategie zwischen der EU und dem pazifischen Raum an. Die Strategie umfasst die Bereiche politischer Dialog und Entwicklungszusammenarbeit.

29.-30. Mai

Wettbewerbsfähigkeit: Der Rat erzielt eine politische Einigung über den Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie. Ferner verständigt er sich auf eine allgemeine Ausrichtung zum Siebten Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) und auf Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an diesem Programm.

Terrorismusbekämpfung: Der Rat beschließt, die EU-Liste terroristischer Organisationen und Personen, die mit Terrorismus in Verbindung stehen, zu aktualisieren und die LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam) in die Liste aufzunehmen.

30. Mai

Regionalpolitik: Die Kommission stellt zusammen mit der Europäischen Investitionsbank drei neue Initiativen im Rahmen der Kohäsionspolitik – JASPERS (Joint Assistance in Supporting Projects in European Regions), JEREMIE (Joint European Resources for Micro to Medium Enterprises) und JESSICA (Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas) – vor.

Datenschutz: Der Europäische Gerichtshof erklärt einen Beschluss des Rates über den Abschluss eines Abkommens zwischen der EU und den USA über die Verarbeitung und die Übermittlung personenbezogener Daten sowie die Entscheidung der Kommission über die Angemessenheit des Schutzes dieser Daten für nichtig. Beide Beschlüsse waren nach den Terroranschlägen des 11. September gefasst worden.

31. Mai

Medien: Die Kommission legt ein Strategiepapier zur Verbesserung der Netz- und Informationssicherheit in Europa vor.

Juni

01.-02. Juni

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Der Rat Justiz und Inneres erzielt eine Einigung über eine Entscheidung zur Beweisaufnahme und über die zweite Generation des Schengener Informationssysteme.

Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz: Der Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt eine Richtlinie über Lebensmittelzusatzstoffe an und erzielt eine politische Einigung über den Entwurf einer Verordnung zur Errichtung eines Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen, den Entwurf eines Beschlusses über Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Jahr 2006 und den Entwurf eines Beschlusses über ein Gemeinschaftsprogramm für Beschäftigung und Solidarität.

02. Juni

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik: Die Kommission legt einen Vorschlag über gemeinsame Visumantragstellen für die EU und die Aufnahme biometrischer Identifikatoren ins Visa-Informationssystem vor.

07. Juni

Wirtschaft und Finanzen: Der Rat Wirtschaft und Finanzen führt eine Aussprache über die Berichte der Kommission und der Europäischen Zentralbank zu den Fortschritten Litauens und Sloweniens hinsichtlich der Konvergenzkriterien mit Blick auf die Wirtschafts- und Währungsunion durch. Der Rat beschließt, dem Europäischen Rat auf seiner Tagung im Juni 2006 zu empfehlen, Slowenien zu gestatten, ab dem 01.01.2007 den Euro einzuführen.

Umwelt: Die Europäische Kommission stellte das Grünbuch „Die künftige Meerespolitik der Europäischen Union: eine europäische Vision für Ozeane und Meere“ vor und eröffnet damit öffentliche Konsultationen zum Thema Meerespolitik.

Die Rolle der Union in der Welt: Die Europäische Kommission nimmt das Strategiepapier „Europa in der Welt: Praktische Vorschläge für mehr Kohärenz, Effizienz und Sichtbarkeit“ an.

08.-09. Juni

Verkehr, Telekommunikation und Energie: Der Rat der EU unterzeichnet mit den Verkehrsministern der südosteuropäischen Partnerstaaten (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Rumänien, Serbien, Montenegro und Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo) sowie Islands und Norwegens ein Übereinkommen über die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraums. Gleichzeitig verabschiedet der Rat die Nahverkehrsrichtlinie und einigt sich auf ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Fahrzeugsicherheit und der Sicherheit der Straßeninfrastruktur. Der Rat der EU-Energieminister debattiert über das von der Kommission im März 2006 veröffentlichte Grünbuch zur Energiepolitik.

12. Juni

Erweiterung/Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen einigt sich im Rahmen der Beitrittskonferenzen auf gemeinsame Standpunkte auf bestimmte Kapitel der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei. Er billigt die Unterzeichnung eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit Albanien. Er beschließt, eine militärische EU-Operation zur Unterstützung der Mission der Organisation der Vereinten Nationen (MONUC) während der Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo einzuleiten sowie die integrierte EU-Mission zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit im Irak bis zum 31.10.2006 zu verlängern.

13. Juni

Die Rolle der Union in der Welt: Die Europäische Kommission beschließt die Entsendung einer EU-Wahlbeobachtungsmission zu den Parlamentswahlen am 02.06.2006 in Bolivien und zur zeitgleich stattfindenden Volksabstimmung über regionale und autonome Wahlen.

15. Juni

Landwirtschaft: Die Europäische Kommission verabschiedet einen EU-Forstaktionsplan.

Die Rolle der Union in der Welt: Die Europäische Kommission entsendet eine EU-Wahlbeobachtungsmission zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Mexiko am 02.06.2006.

15.-16. Juni

Europäischer Rat: Beim Europäischen Rat in Brüssel stehen die Zukunft der europäischen Verfassung, das Haager Programm und die Erweiterung im Vordergrund der Gespräche. Der Europäische Rat einigt sich darauf, die Reflexionsphase über die Zukunft der Verfassung bis 2007 zu verlängern. Zudem beschließt er, das Kriterium „Aufnahmefähigkeit der EU“ bei weiteren Erweiterungsrounds deutlich aufzuwerten.

16. Juni

Euro: Der Rat der EU nimmt die Empfehlung der Kommission, Slowenien den Beitritt zum Eurowährungssystem ab dem 01.01.2007 zu gestatten, an.

19.-20. Juni

Landwirtschaft und Fischerei: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei nimmt eine Bestimmung zum Europäischen Fischereifon 2007-2013 an.

21. Juni

Transatlantische Beziehungen: Im Rahmen des EU-USA-Gipfels in Wien wird eine Vereinbarung zur Förderung der Zusammenarbeit bei der Hochschul- und Berufsbildung unterzeichnet.

22. Juni

Landwirtschaft: Die Kommission schlägt eine Reform der geltenden Bestimmungen im Weinsektor vor.

27. Juni

Die Rolle der Union in der Welt: Vertreter der EU und Grönlands unterzeichnen ein neues Partnerschaftsabkommen.

Umwelt: Der Rat der EU-Umweltminister verabschiedet einen Gemeinsamen Standpunkt zum Finanzierungsinstrument für die Umweltpolitik LIFE+.

28. Juni

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts: Die Kommission legt eine politische Bewertung des Haager Programms vor.

Euro: Die Kommission schlägt einen Euro-Umrechnungskurs für Slowenien vor, das den Euro zum 01.01.2007 einführen soll.

29. Juni

Wettbewerbsfähigkeit: Der Rat legt nach der ersten Lesung im Europaparlament seinen Gemeinsamen Standpunkt zur Chemikalienrichtlinie REACH fest.

Telekommunikation: Die Kommission legt Pläne zur Förderung des Wettbewerbs zwischen Telekommunikationsbetreibern und für die Schaffung eines einheitlichen Marktes für auf Funk basierende Dienste vor.

Entwicklungspolitik: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für ein Finanzierungsinstrument zur Entwicklungshilfe an, das die geltende Regelung „Europäische Initiative für Menschenrechte und Demokratie – EIDHR“ ersetzen soll.

Außenwirtschaftspolitik: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen trifft sich zu einer Sondertagung zur Vorbereitung auf das Treffen des Allgemeinen Rates der WTO im Rahmen der Doha-Verhandlungsrunde.

30. Juni

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Der Rat nimmt einen Gemeinsamen Standpunkt im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens an.

Erweiterung/Südosteuropapolitik: Der Rat nimmt einen Beschluss an, mit dem der Abschluss eines Abkommens mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien über ihre Beteiligung an der militärischen Krisenbewältigungsoperation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina (Operation ALTHEA) gebilligt wird.

Juli

01. Juli

Ratspräsidentschaft: Der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel übergibt die Ratspräsidentschaft turnusgemäß an den finnischen Premier Matti Vanhanen. Die Schwerpunkte der finnischen Ratspräsidentschaft liegen auf den Themen Beschäftigung und Soziales, Zukunft der EU, Vorbereitung der Beitritte von Bulgarien und Rumänien, die Chemikalienrichtlinie REACH und bessere Rechtssetzung in der EU.

Umwelt: Ein EU-weites Verbot für gefährliche Stoffe in Elektro- und Elektronik-Geräten tritt in Kraft.

03. Juli

EU-Russland: Die Europäische Kommission nimmt einen Entwurf für Verhandlungsrichtlinien für ein neues Abkommen zwischen der EU und Russland an. Das Abkommen soll das bisherige Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland ersetzen.

04. Juli

Regionalpolitik: Das Europäische Parlament verabschiedet fünf Rechtsakte zur Regionalpolitik. Diese enthalten Bestimmungen für die Programmplanung und die Kontrolle der Kohäsionspolitik sowie für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit.

Kinderrechte: Die Kommission nimmt eine Mitteilung zu einer EU-Kinderrechtsstrategie an.

06. Juli.

Südosteuropapolitik: Die Kommission empfiehlt dem Rat nach der Unabhängigkeitserklärung Montenegros die Fortsetzung getrennter Verhandlungen über Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Montenegro und mit Serbien.

Terrorismusbekämpfung: Die Kommission trifft eine Entscheidung zur Finanzierung von Hilfsmaßnahmen für Terrorismusopfer.

Verkehr: Die Europäische Kommission nimmt zwei Verordnungen zur Interoperabilität der europäischen Flugverkehrsmanagementsysteme an.

06.-08. Juli

Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz: Der Rat Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz befasst sich auf einer informellen Tagung mit den Themen demographischer Wandel, Globalisierung und Schutz am Arbeitsplatz.

08. Juli

Die Rolle der Union in der Welt: Die Kommission und Vertreter der Fußballweltorganisation FIFA unterzeichnen ein Memorandum of Understanding für Afrika, die Karibik und die pazifischen Länder.

10. Juli

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik: Die Kommission beschließt Unterstützungsmaßnahmen für Mauretanien zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung in die EU.

10.-11. Juli

Wirtschaft und Finanzen: Der Rat Wirtschaft und Finanzen beschließt die Einführung des Euro in Slowenien zum 01.01.2007.

Wettbewerbsfähigkeit: Der Rat Wettbewerbsfähigkeit erörtert auf einer informellen Tagung das Thema Innovationen.

11. Juli

Die Rolle der Union in der Welt: Die Kommission liefert nach der Einstellung der finanziellen Unterstützung an die Hamas im April als erste Aktion des „zeitlich befristeten internationalen Mechanismus“ (TIM) Energie an palästinensische Krankenhäuser.

Kommissionspräsident José Manuel Barroso nimmt am Treffen der G-8-Staatschefs in St. Petersburg teil.

12. Juli

Binnenmarkt: Die Kommission legt einen Vorschlag für eine EU-Verordnung vor, mit der die Roaminggebühren bei der Mobilfunknutzung im Ausland gesenkt werden sollen.

Umwelt: Die Kommission schlägt eine EU-Strategie für den sichereren Einsatz von Pestiziden vor.

13. Juli

Die Rolle der Union in der Welt: Die Europäische Kommission billigt einen Vorschlag für eine Infrastruktur-Partnerschaft zwischen der EU und Afrika. Die Prioritäten der Partnerschaft liegen in den Bereichen Landverkehr, Energie, Wasser, Informationstechnologie und Telekommunikationsnetze.

14. Juli

Haushalt: Der Rat einigt sich auf den Haushaltsvorschlag 2007.

15.-16. Juli

Umwelt: Die EU-Umweltminister planen auf einer informellen Ratstagung eine neue europäische Umweltstrategie.

17. Juli

Binnenmarkt: Die Kommission veröffentlicht ein Grünbuch zu rechtlichen Fragen bei verheirateten und unverheirateten Paaren und leitet damit einen öffentlichen Konsultationsprozess über das Thema ein. Gleichzeitig legt sie einen Legislativvorschlag zum Scheidungsrecht vor.

17. Juli

Erweiterung: Der Rat genehmigt ein neues Instrument zur Verwaltung der EU-Finanzhilfe für Beitrittskandidaten und Anwärter auf EU-Mitgliedschaft.

17.-18. Juli

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Auswärtiges erörtert auf einer Tagung die Themen Naher Osten, Iran, Kosovo und Sudan.

18. Juli

Umwelt: Die Kommission legt Vorschläge zum Schutz der Gewässer in der EU vor.

Verkehr: Die Europäische Kommission schlägt Maßnahmen zur Steigerung des Wettbewerbs im Luftverkehr vor.

Landwirtschaft: Der Rat der EU-Landwirtschaftsminister erörtert das Thema Weinsektor der EU und tauscht sich über die Landwirtschaftsgespräche der Doha-Runde der WTO aus.

19. Juli

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik: Die Kommission veröffentlicht eine Bestandsaufnahme der bestehenden EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung.

Binnenmarkt: Die Kommission verabschiedet Leitlinien über staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikokapitalinvestitionen in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

20. Juli

Südosteuropapolitik: Die Kommission empfiehlt dem Rat die Aushandlung von Visae erleichterungs- und Rückübernahmeabkommen mit den westlichen Balkanstaaten (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Rumänien, Serbien und Montenegro und der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo).

24. Juli

Wettbewerbsfähigkeit: Der Rat Wettbewerbsfähigkeit eine Einigung über das Siebte Rahmenprogramm Forschung und technologische Entwicklung.

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Der Rat der europäischen Justiz- und Innenminister trifft sich zu Gesprächen über das Haager Programm und die Migrationspolitik der EU.